

# Es alleine Schaffen

## Die Arbeiterbewegung in China (2007-2008)

Anfang 2008 haben die frustrierten Grund- und Mittelschullehrer aus den ländlichen Gebieten Chongqings Streike gegen die verspäteten Gehaltszahlungen in der ganzen Region organisiert. Darauf haben die lokalen Behörden auf eine Art und Weise geantwortet, die nur wenige Jahren zuvor undenkbar gewesen wäre: sie haben mit den Lehrervertretern versucht, den Disput gemeinsam zu lösen.

2007 und 2008 wurden die Behörden überall in China gezwungen, sich nicht nur bei Auseinandersetzungen mit Beamten, sondern sich auch vermehrt bei Disputen im Privatsektor an den Tisch der Verhandlungen zu setzen. Die durch die Preiserhöhung, die Arbeitslosigkeit und die Willkür der Geschäftsführungen unterdrückten, aber vom revidierten Arbeitsgesetz auch ermunterten, chinesischen Arbeiter, haben um das Einschreiten der Regierung gebeten. Trotz des relativen Erfolges dieser Proteste fiel auf, dass die einzige anerkannte Gewerkschaft Chinas, der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU), dabei nicht anwesend war.

Das Thema dieses Reports von „China Labour Bulletin“ (CLB) ist daher die besorgniserregende Divergenz zwischen den von den Arbeitern kollektiv organisierten Protesten und den Aktivitäten der ACFTU, die in Wirklichkeit ihre Interessen nicht vertritt.

### Die sozio-ökonomischen und gesetzgebenden Entwicklungen, 2007-08

Der ökonomische und gesetzgebende Hintergrund im analysierten Zeitraum ist für das Verständnis der Entwicklungen der Arbeiterbewegung in den Jahren 2007-2008 von großem Belang.

- Nach einem 10-jährigen **Wachstum** wurde Chinas rasende Wirtschaftsexpansion ab der zweiten Hälfte 2008 gebremst. Die **Arbeitslosigkeit** ist in dem Zeitraum dieser zwei Jahre stark angestiegen; die hohen Rohstoffkosten und die Inflation haben viele kleine und mittlere Unternehmen dazu gezwungen, die Produktion zu reduzieren und das Personal abzubauen. Unter den Entlassenen waren vor allem vom Land eingewanderte Arbeiter. Die **Inflationsrate** erreichte 2007 den neuen Höhepunkt der letzten 10 Jahren (4,8%), was die Lebensmittelpreise wiederum erhöhte. Auf Grund der **angestiegenen Lebenshaltungskosten** haben zahlreiche Lokalregierungen beschlossen den Mindestlohn zu erhöhen; bis Ende 2008 stieg der Nettoertrag der Familien auf dem Land und in den Städten an. Jedoch wurde diese Tendenz von der Weltwirtschaftskrise dermaßen gebremst, dass die **Kluft zwischen Armen und Reichen** in China im Laufe des Jahres 2008 ununterbrochen gewachsen ist.
- Nachdem einige Skandale und Arbeitsunfälle die (missbrauchte und) ausbeutende Arbeitersituation ans Licht brachten, verabschiedete die chinesische Legislative drei neue Arbeitsgesetze, die 2007 zu einem bedeutendem Jahr für die Arbeiter machte.
  1. Arbeitsvertragsgesetz, das auf die Verminderung der vertragslosen eingewanderten Arbeiter abzielt.
  2. Förderungsgesetz der Arbeitsstelle, dessen Ziele die Schaffung eines offenen und fairen Arbeitsmarkts und der Kampf gegen die Diskriminierung bei Einstellungen sind.

3. Vermittlung- und Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz, das die Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren rationalisieren und beschleunigen soll.

Diese beispiellose Reformschwelle in der Arbeitsgesetzgebung ist die direkte Antwort auf den von der Arbeiterbewegung in den vorherigen 10 Jahren ausgeübten Druck. Einer der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung und Stabilität gewandten Regierung war es nicht mehr erlaubt, die tagtäglichen Streike und Proteste noch lange zu ignorieren. Der verständliche Gesetzrahmen veranlasste die Arbeiter, sich vermehrt ihrer Rechte bewusst zu werden und erhöhte die Bereitschaft, die Verhandlungen als kämpferisches Mittel zu nutzen.

Trotz Anstrengungen der Regierung haben sich die Wahrnehmungen der Land- und Stadtbevölkerung bezüglich ihrer Lebensqualität nicht verbessert, wie der chinesische „Zufriedenheitsindex“ und die vielen „Massenzwischenfälle“ signalisierten.

### **Die Arbeiterproteste**

Die Analyse von einhundert zwischen 2007 und 2008 stattgefundenen kollektiven Arbeiterprotesten bietet Aufschluss über die Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum. Dies ist verstärkt von Arbeitern gekennzeichnet, die nicht mehr zum Leiden sondern zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen bereit sind.

Zu den **Ursachen** der Dispute sind zu zählen: die institutionalisierte und verbreitete Diskriminierung gegenüber den Wanderarbeitern, die in dem "System der staatlichen Haushaltsregistrierung“ (*hukou*) ihren Ursprung findet; die unsicheren Arbeitsbedingungen und die oft unbezahlten Überstunden (58 von 100 Fällen); offensichtliche Menschenrechtsverletzungen (z.B. Fehlende Gehalts- oder Sozialbeiträgezahlungen, ein Drittel der Fälle); spezifische Anfrage (ein Drittel der Fälle); ökonomische Schwierigkeiten (12 Fälle). Die Tatsache, dass diese Proteste auch in Zeiten des Wirtschaftsbooms tagtäglich organisiert worden sind, weist, auf die in der Regel, ausbeuterische Situation der Arbeiter hin. Die absichtlichen Menschenrechtsverletzungen seitens der Unternehmensführung stellten den Hauptgrund für die kollektiven Proteste im betrachteten Zeitraum dar.

Die **Förderungen** der Arbeiter sind vor allem folgende gewesen: Lohn- und Rentenbeitragserhöhung; Behandlungsverbesserung der Arbeiter nach dem Umbau staatlicher Unternehmen; Verkürzung der Arbeitszeit und –last; Recht auf eine eigene Gewerkschaft und auf demokratische Wahlen der ACFTU-Filialen auf Ebene der Firmen; Untersuchungen gegen Korruption und Amtsunterschlagung in der Firmenverwaltung. Die Anfragen waren nicht mehr nur Bitten um Entschädigungen, sondern ehrgeizige Ansprüche, die auf ein neues starkes Selbstbewusstsein der Arbeiter hinweisen. In 37 Protesten haben die Arbeiter zum Teil bekommen, was sie forderten; nur in drei Fällen blieben ihre Ansprüche ungehört.

Die **Auslöser** der Auseinandersetzungen waren: die Taktiken der Unternehmen zum Überleben nach der Wirtschaftskrise (u.a. die Gehaltsherabsetzungen, Kündigungen und Zwangsentlassungen, in 14 Fällen); der Mangel an echten Gewerkschaften und an einem Mechanismus zur Lösung der Streitigkeiten in den Unternehmen, welcher die Unternehmensleitung zu arbiträren Entscheidungen veranlasst (in sieben Fällen); Maßnahmen der Unternehmer zum Umgehen der neuen Regelungen des Arbeitsvertragsgesetzes (in 11 Fällen); andere in nah gelegenen Werken oder Zweigwerken veranstaltete Aktionen; der Umbau von staatlichen Industrien (in 21 Fällen).

Die Arbeiter haben unterschiedliche Aktionen unternommen, u.a. Streike (47), Blockaden (43), Sitzstreike und Protestmärsche (18), kollektive Petitionen (21) und willkürliche Schäden an der Industrieausstattung (5).

Da die Proteste als Bedrohung der sozialen Stabilität angesehen werden, haben die **Regierungsantworten** darauf sowohl aus Versöhnungs-, als auch aus Bedrohungsmaßnahmen bestanden, die die Situation so schnell wie möglich wieder in Harmonie und „unter Kontrolle“ bringen sollten. Die lokale Polizei wurde in 61 Fällen eingesetzt, in denen sie oft zusätzliche Gewalt und Spannungen verursacht hat (19 Fälle mit Verletzten). Viele Demonstranten wurden aufgrund „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ mit Geldstrafen und Strafbestimmungen von den Behörden bedacht. Zudem sind vielen Arbeiterrechtsaktivisten Urteile zur „Erziehung-durch-Arbeit“ (RTL) (u.a. Li Guohong, Zeng Jianyu, Li Shuchun) auferlegt worden und Arbeiter haben in der Regel unter Einschüchterungen und Gewalt gelitten. Die Regierungsbehörden haben in 47 Fällen die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Firmenverwaltung unmittelbar geführt.

Die ACFTU ist im Allgemeinen den Lokalregierungen treu geblieben und hat keine aktive Rolle bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitervertretern und Unternehmensführungen gespielt. Sie hat manchmal sogar zu weiterem Aufruhr geführt und daher den Eindruck bekräftigt, dass sie nicht auf der Seite der Arbeiter steht. Der ACFTU kam erst nach den Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz, ohne jedoch die Schuldigen zu bestrafen oder die Opfer zu entschädigen. Nur in vier Fällen hat sie eine eher couragierte Haltung gezeigt.

## **Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund**

Ende 2008 zählte der All-Chinesische Gewerkschaftsbund 212 Millionen Mitglieder, von denen 70 Millionen Einwanderer waren. Die von der ACFTU verfolgten **Umstrukturierungen, Vergewerkschaftlichung und Professionalisierung der Gewerkschaftsbelegschaften** in dem betrachteten Zeitraum, haben jedoch seine Kompetenz der Arbeitervertretung nicht verstärkt.

In der Tat verabschiedete der ACFTU in diesen zwei Jahren **neue Regelungen**, die jedoch offensichtlich seine Abhängigkeit von der Kommunistischen Partei Chinas widerspiegeln. Die in den letzten 20 Jahren entwickelte **Integration des ACFTUs im Parteiapparat** hat sich 2007 und 2008 durch die Einführung des „Fünf geeinten Facetten“-Ansatzes zum Schutz der Arbeiterrechte weiter verfestigt. Dieser Ansatz basiert tatsächlich auf dem Grundprinzip der Überlegenheit der Parteientscheidungen bei der Ausführung der Funktionen des ACFTUs.

Die ab den 90er Jahren vom ACFTU geförderte Abschließung von zahlreichen **kollektiven Verträgen**, hat jedoch keine hohe Qualität bei den Verhandlungen bewiesen. Diese haben selten zur Implementierung der von Unternehmen und Gewerkschaften erreichten Abkommen geführt; die Arbeiter wurden in diesen nur selten befragt.

Schließlich hat der ACFTU **zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeiterrechte** angeboten, die die Lebensbedingungen der Arbeiter zum Teil verbessert haben. Jedoch ist die **karitative Einstellung** des ACFTUs weit davon entfernt, die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu verbessern und damit das Potenzial für Dispute zu verringern.

Obwohl der ACFTU die weltweit größte und unter der Schirmherrschaft der Regierung stehende Gewerkschaft ist, übt er paradoxerweise keinen Einfluss auf Absicherung der Interessen chinesischer Arbeiter aus. Er ist in der Tat nur eine **nominale Gewerkschaft**, die nur selten Arbeiter konsultiert und nicht für wirkliche

und demokratische Arbeitervertretungen in den Firmen sorgt. Zudem ist er **von den Lokalregierungen finanziell abhängig** und praktisch **der KPC dermaßen unterworfen**, dass er selbst unfähig ist, den hauptsächlichen Auftrag auszuführen. Er beschränkt sich im Gegenteil darauf, die Unterschiede zwischen chinesisch-sozialistischen Gewerkschaften und denen anderer Länder zu betonen.

### **Schlussfolgerungen und CLB Bemerkungen**

Zwischen 2007 und 2008 ist der Anzahl an Protesten in China 50 Mal höher als im Jahr 2005 gewesen. Nach der Analyse von einhundert dieser Proteste, lässt sich feststellen, dass die **Arbeiterbewegung in diesem Zeitraum** von folgenden Aspekten gekennzeichnet ist:

- Die Anforderungen der Arbeiter sind nicht mehr spezifisch und auf die Rechteverteidigung konzentriert, sondern kollektiv auf die Interessenverteidigung abgezielt
- Die Regierung ist als Mediator in den Disputen unmittelbar zum Einsatz gekommen
- Die, dem Schutz ihrer eigenen ökonomischen und legalen Rechten orientierten Aktionen der Arbeiter, und die auf die Wahrung der sozialen Stabilität zielende politische Aktion der ACFTU haben sich weit voneinander entfernt

2007-2008 haben sich die Behörden eher versöhnlich gegenüber den Arbeitern präsentiert, was ihren Willen zeigt, den Dialog zwischen Arbeitern und Arbeitgeberern erleichtern zu wollen. Trotzdem sind die ad-hoc Einsätze in den sozialen Konfliktsituationen zur Hilfe der Arbeiter nicht angemessen. Die Medien und die öffentlichen Diskussionen im Web stehen unter der Aufsicht der Regierung; den Arbeitern wird weder das Versammlungsrecht noch das Recht auf Streik anerkannt. Die Behörde für Öffentliche Sicherheit verweigert in der Regel Anfragen auf öffentliche Kundgebungen, und das System von „kollektiven Beratungen“ schließt Arbeiter aus. Die Proteste bilden eine Antwort auf diese Umstände und stellen das Streben der Arbeiter dar, an diesem System teilhaben zu können. In vier der dargestellten Fälle haben sie dieses Ziel erreicht.

Nach CLB ist eine Wiederannäherung zwischen Arbeitern und ACFTU möglich, wenn:

- der ACFTU sich auf die Seite der Arbeiter stellt, seine traditionelle Abneigung gegenüber jeglichen Formen vom Aktivismus überwindet und die „kollektiven Beratungen“ als wirkliches Lösungsmittel betrachtet
- die Partei und die Regierung dem ACFTU genehmigen für die Arbeiterinteressen einzustehen, und die Interessenunterschiede zwischen Arbeitgebern und –nehmern als ein wesentliches Merkmal marktorientierter Wirtschaft annehmen.